

Vorlage Nr.: 2024/0256

Verantwortlich: **Dez. 5**
Dienststelle: **Team Sauberes Karlsruhe**

Einigung mit K+G über vereinbarte Vollserviceleistungen im Rahmen der Wertstoffeffassung

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	19.03.2024	10.1	Ö	Entscheidung

Kurzfassung

Der Gemeinderat beschließt entweder

Szenario 1:

Annahme des präzisierten Angebotes über die Vollserviceleistungen bei der Wertstoffsammlung mit Wegestrecken bis zu 22 m und einer Treppenstufe für ein Entgelt in Höhe von 580.000 EURO netto (690.200 EURO brutto) jährlich für den Zeitraum bis 31.12.2026,

oder

Szenario 2:

Annahme des präzisierten Angebotes über die Vollserviceleistungen bei der Wertstoffsammlung mit Wegestrecken bis zu 27 m und einer Treppenstufe für ein Entgelt in Höhe von 870.000 EURO netto (1.035.300 EURO brutto) jährlich für den Zeitraum bis 31.12.2026.

Die Verwaltung wird ermächtigt, entsprechende Verträge mit K+G abzuschließen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input checked="" type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: 2.070.600 € / 3.105.900 € über die Laufzeit von 3 Jahren Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input checked="" type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Erläuterungen

Im Zuge der Umsetzung des Verpackungsgesetzes ging nach dem Gemeinderatsbeschluss vom 28. März 2023 und der daraus resultierenden Abstimmungsvereinbarung zwischen der Stadt Karlsruhe und den Betreibern Dualer System (BDS) die Verantwortung für die Sammlung der Wertstoffe zum 1. Januar 2024 auf die BDS über. Im Anschluss wurde die Erfassung der Wertstofftonne durch die BDS europaweit ausgeschrieben und an die Firma Knettenbrech & Gurdulic (K+G) vergeben.

Seit der Übernahme der Sammlung der Wertstoffe durch K+G kam und kommt es aktuell zu Leerungsausfällen, die im Wesentlichen auf drei verschiedene Gründe zurückzuführen sind:

1. Minderleistung durch K+G
2. Nicht satzungskonforme Behälterstandplätze
3. Fehlbefüllte Wertstoffbehälter

Der weitaus größte Teil der bei der Stadt Karlsruhe eingehenden Beschwerden zur Wertstofftonne bezieht sich auf Minderleistungen durch die Firma K+G. Hier hat K+G eine deutliche Verbesserung der Serviceleistung unter Einhaltung der Leerungstage zugesagt.

Im Zuge der Gespräche mit K+G stellte sich allerdings auch heraus, dass eine nachträgliche Präzisierung des Vollservices in Karlsruhe notwendig ist, da auch hierzu eine Vielzahl von Beschwerden bei der Stadt eingeht. Im Sinne eines bürgerorientierten kommunalen Dienstleisters legt das Team Sauberes Karlsruhe (TSK) den Vollservice bei den Fraktionen Restmüll, Bioabfall und Altpapier und bis Ende 2023 auch bei den Wertstoffen sehr kundenfreundlich aus und setzt entsprechend ausreichend Personal ein. K+G orientiert sich beim Vollservice allerdings eng an der Definition der Gestaltung von Behälterstandplätzen in der Karlsruher Abfallentsorgungssatzung, wodurch eine Präzisierung der unterschiedlichen Vorstellungen notwendig wird.

Um diese Problematik für den Zeitraum der Vertragsdauer (31.12.2026) zu lösen, wurden mit K+G Verhandlungen über eine pauschale Lösung geführt. K+G hat dabei angekündigt, Vollserviceleistungen über Treppenstufen generell nicht erbringen zu wollen. Dies wäre aufgrund des erforderlichen Personalbedarfs auch mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Letztlich wurden von K+G zwei Angebote vorgelegt, welche zumindest eine Treppenstufe inkludieren.

Bislang wurden 47.365 Objekte im Vollservice entsorgt. Für rund 19.000 Objekte (ca. 40%) stellt sich - unabhängig von der Wegstrecke - die Problematik, dass bei den Objekten geklingelt werden muss.

Das erste Angebot sieht die Präzisierung des Vollservices seitens K+G auf **22 Meter**, eine Treppenstufe und – soweit erforderlich - das **Klingeln** vor. Von der erweiterten Wegstrecke sind 1.795 Objekte bzw. rund 4% betroffen.

Mit Abschluss des Szenario 1 wären im Vollservice rund 39.678 Objekte (rund 84%) in gewohnter Weise umfasst.

Das zweite Angebot sieht die Präzisierung des Vollservices seitens K+G auf **27 Meter**, eine Treppenstufe und – soweit erforderlich - das **Klingeln** vor. Davon betroffen sind zusätzlich zu Szenario 1 1.514 Objekte bzw. rund 3% der Objekte.

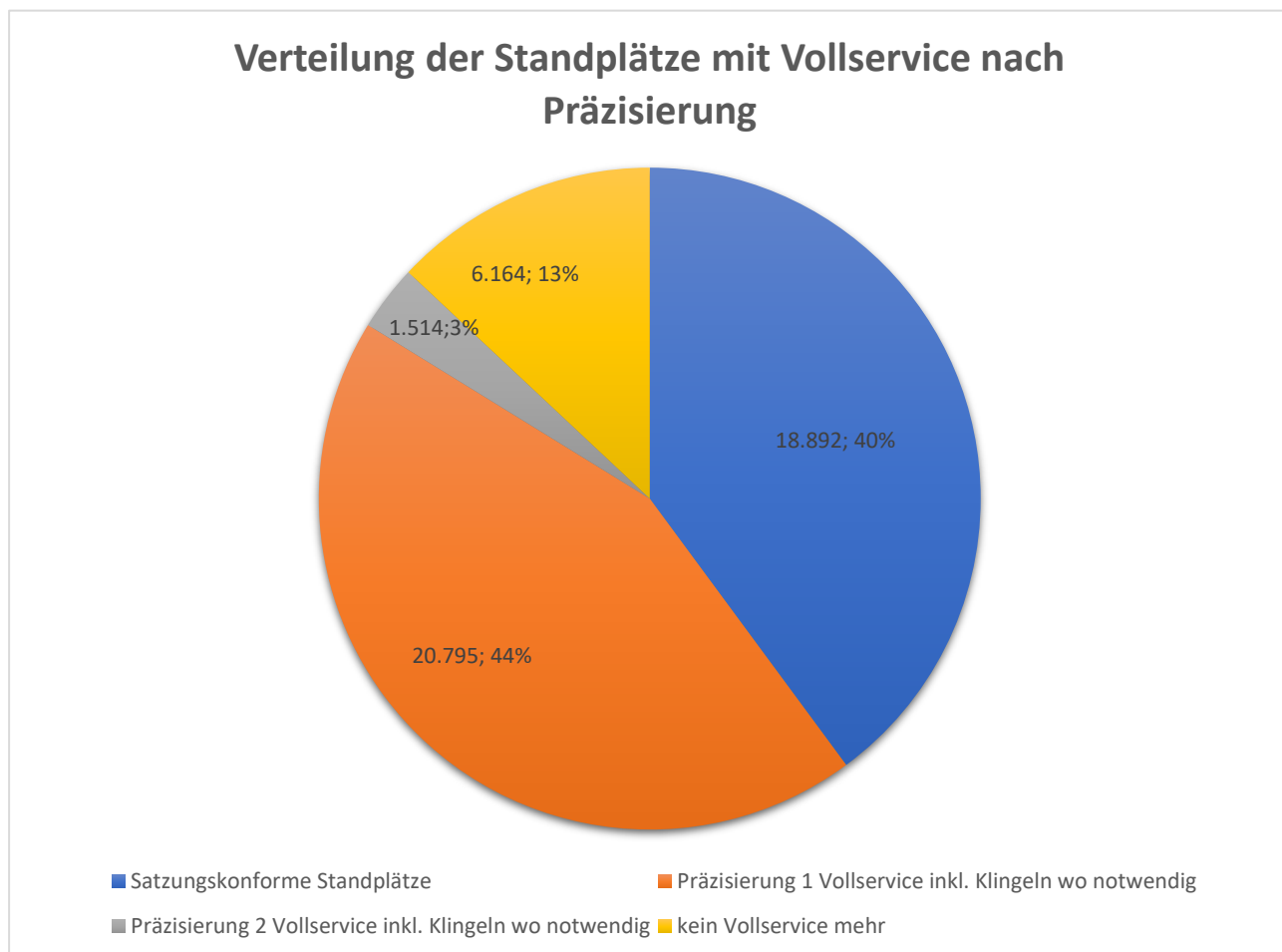
Mit Abschluss des Szenario 2 wären im Vollservice 41.200 Objekte (rund 87%) in gewohnter Weise umfasst.

Für 6.164 Objekte (rund 13%) konnte leider keine Vereinbarung mit K+G erreicht werden. Diese Objekte bzw. die angeschlossenen Haushalte müssen künftig ihre Behälter am Abholtag zur Leerung bereitstellen und im Anschluss an die Leerung wieder zurückstellen. Dies kann entweder über die Hausbewohnenden oder über einen beauftragten Service (z.B. der Hausverwaltung) erfolgen. Das Team Sauberes Karlsruhe berät auf Anfrage gerne, ob für die betroffenen Objekte, ein anderer geeigneter Behälterstandplatz gefunden werden kann.

Mit diesen beiden Szenarien wären auch die weiteren Unstimmigkeiten zwischen den Parteien abgegolten, die im Rahmen der nicht trivialen Umstellungsphase einer kompletten Übertragung der Sammlung entstanden sind. K+G verpflichtet sich, sonstige Forderungen gegenüber der Stadt einzustellen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf das Thema Klingeln relevant, denn K+G hatte bereits mitgeteilt, dass nach ihrer Auffassung das Klingeln an Haustüren im Rahmen des Vollservices nicht vorgeschrieben sei. Die Stadtverwaltung teilt diese Ansicht in keinem Fall und sieht die vertragliche Lage auch als ausreichend fundiert an. Allerdings würde eine langfristige Meinungsverschiedenheit in diesem Thema zu einem zeitaufwändigen Rechtsstreit führen, was neben dem Prozesskostenrisiko zudem zur Folge hätte, dass die Leistung bis zur juristischen Klärung durch K+G nicht erbracht würde. Nach nachvollziehbaren Berechnungen seitens K+G wären in diesem Fall 19.000 Objekte und somit 40% aller Haushalte vom Vollservice ausgenommen. Das Eintreten dieses Entsorgungsrisikos würde mit Annahme dieses Angebots vermieden.

Die Vereinbarung läuft bis zum Ablauf der Abstimmungsvereinbarung und dem Vertrag zwischen BDS und K+G (31.12.2026). Im Anschluss muss die Abstimmungsvereinbarung zwischen Stadt und BDS neu verhandelt und vom Gemeinderat beschlossen werden. Ebenso ist eine erneute Ausschreibung durch BDS zu diesem Zeitpunkt erforderlich.

Eine genaue Verteilung der Objekte, die bisher im Vollservice betreut wurden sowie die entsprechenden Präzisierungen sind der folgenden Grafik zu entnehmen.



Vertragsentwürfe und schriftliche Zusagen seitens der Firma Knettenbrech & Gurdulic (K+G) liegen zum Zeitpunkt der Beschlussfassung noch nicht vor. Für beide Szenarien sind entsprechende Verträge nur unter der Maßgabe auszugestalten, dass die Firma Knettenbrech & Gurdulic (K+G) sich darin verpflichten, bei allen Haushalten mit Vollservice – wo notwendig - zu klingeln und eine angemessene Zeit zu warten.

Erläuterungen zu finanziellen Auswirkungen

Im Gegenzug der von K+G angebotenen Präzisierungen des Vollservices entrichtet die Stadt im ersten Fall (Szenario 1) einen jährlichen Betrag in Höhe von 580.000 EURO netto (690.200 EURO brutto) an K+G. Beim Szenario 2 entstehen der Stadt jährliche Mehrkosten in Höhe von 870.000 EURO netto (1.035.300 EURO brutto). Diese Mehrkosten entstehen zusätzlich der vom Gemeinderat in der Sitzung vom 28. März 2023 beschlossenen Kosten für den Vollservice.

Die verhandelten Szenarien haben jeweils eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2026. K+G hat das Angebot unter der Maßgabe erstellt, dass auch für das Jahr 2024 der jährliche Betrag in voller Höhe zu entrichten ist. Aufgrund der frühestmöglichen Leistungserbringung ab April 2024 wird empfohlen, seitens der Stadt Karlsruhe bzw. TSK nur eine anteilige Zahlung für das Jahr 2024 zu akzeptieren.

Die Gegenfinanzierung kann derzeit nicht konkret aufgezeigt werden, jedoch hat TSK den Auftrag einen Gegenfinanzierungsvorschlag im Laufe 2024 zu erarbeiten, um die Vorgaben des Regierungspräsidiums zum DHH 24/25 sicherzustellen.

In Anbetracht aller Alternativen sind diese Angebote die kostengünstigsten Varianten. Weder eine Erbringung der Leistung durch TSK noch die Beauftragung eines Dritten zur Bereitstellung der Behälter stellt eine wirtschaftlichere und einfacherer Lösung dar. Umgerechnet auf den einzelnen Haushalt in der Stadt Karlsruhe entstehen somit Mehrkosten in Höhe von rund drei EURO (Szenario 1) bzw. fünf EURO (Szenario 2) pro Jahr. Die Kosten sind dabei voraussichtlich zu 36,5 % (entspricht dem kommunalen Anteil der Wertstoffsammlung) aus dem Gebührenhaushalt und zu 63,5% aus dem Steuerhaushalt zu decken.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass die Annahme einer Präzisierung des Vollservices zu einer Serviceerweiterung im Vergleich zur aktuellen Situation bei vielen Bürgerinnen und Bürgern führt und darüber hinaus Klarheit für alle Betroffenen schafft. Die Verwaltung empfiehlt daher die Annahme eines der beiden Angebote.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt entweder

Szenario 1:

Annahme des präzisierten Angebotes über die Vollserviceleistungen bei der Wertstoffsammlung mit Wegestrecken bis zu 22 m und einer Treppenstufe, sowie Klingeln bei allen Haushalten für ein Entgelt in Höhe von 580.000 EURO netto (690.200 EURO brutto) jährlich für den Zeitraum ab Beginn Vertragsabschluss (voraussichtlich 01.04.2024) bis 31.12.2026,

oder

Szenario 2:

Annahme des präzisierten Angebotes über die Vollserviceleistungen bei der Wertstoffsammlung mit Wegestrecken bis zu 27 m und einer Treppenstufe, sowie Klingeln für ein Entgelt in Höhe von 870.000 EURO netto (1.035.300 EURO brutto) jährlich für den Zeitraum ab Beginn Vertragsabschluss (voraussichtlich 01.04.2024) bis 31.12.2026.

Die Verwaltung wird ermächtigt, entsprechende Verträge mit K+G abzuschließen.